

ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

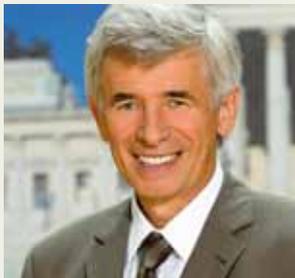
No. 21 / November 2011

- 2 Countdown für das 4. Hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan
- 5 Eigenverantwortung muss auf demokratischen Prinzipien beruhen!
Gastkommentar von Melanie Oßberger/AG Globale Verantwortung
- 5 Politikkohärenz – eine österreichische Sicht
Beitrag von Botschafterin Marianne Feldmann, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
- 7 „Wir wünschen uns eine gleichberechtigte Partnerschaft“ – Interview mit Ana Rita Sithole,
FRELIMO Abgeordnete des mosambikanischen Parlaments
Gastbeitrag von Ulla Ebner, Journalistin
- 8 Projektpartnerschaft mit Mosambik
- 9 Workshop zu den Millennium-Entwicklungszielen in Johannesburg
Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Mitglied der Sektion Österreich, Die Grünen
- 10 AWEPA Sektion Österreich – Aktivitäten in der Sitzungsperiode 2010/11
- 12 Zahlen, Fakten, Hintergründe

In Bezug auf die Umsetzung der Prinzipien der Pariser Erklärung sind die Länder des Südens, im Bild Maputo, die Hauptstadt des OEZA und NordSüdDialog Partnerlandes Mosambik, den Geberländern voraus. In Busan bleibt demnach noch viel zu tun.

Foto: Günther Schefbeck

Editorial



**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

Der Nord-Süd-Dialog des Parlaments hat in den letzten Jahren zu vielen Veranstaltungen und Aktivitäten geführt. Wir wollen Bewusstsein für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Länder des Nordens und des Südens bilden. Ein Schwerpunkt war die Zusammenarbeit mit dem Parlament Mosambiks auf Ebene sowohl der Parlamentarier als auch der Beamten. So schwierig diese Arbeit auch ist, so notwendig ist die Vernetzung - nicht nur von Regierungen, sondern auch auf parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Ebene.

Die internationale Konferenz in Busan (Südkorea) beschäftigt sich in diesen Tagen mit den Fortschritten in der Entwicklungszusammenarbeit. Viele der bisher formulierten Ziele – seien es finanzielle oder solche im Rahmen der UN-Millenniumsziele – sind objektiv nicht erreicht worden. Es ist aber auch einiges gelungen. Offensichtlich ist, dass gute Regierungsführung in unseren Partnerländern zu besseren Ergebnissen führt, als wenn sie nicht vorhanden ist. Darauf sollten wir durchaus achten.

Genau in diese Richtung geht es auch, wenn ich meine, dass wir die vorhandenen finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit möglichst vorrangig für die ländliche Entwicklung einsetzen sollten. Hunger und Armut sind die größten Hemmnisse jeder Entwicklung. In den Ländern des Südens sind sie vor allem in ländlichen Räumen zu finden. Die ausreichende Erzeugung von Nahrungsmitteln sowie der Aufbau von Märkten und Infrastruktur sind Schlüssel jeder Entwicklung.

Ihr
NR Franz Glaser



부산 세계개발원조총회
**4th High Level Forum
on Aid Effectiveness**
29 Nov – 1 Dec 2011, Busan, Korea

Countdown für das 4. Hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan

Von 29. November bis 1. Dezember wird in Südkorea Bilanz über die bisherigen Erfolge bei der Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gezogen und über den zukünftigen Rahmen internationaler Zusammenarbeit entschieden.

Zuständig für die Organisation der Konferenz in Busan, an der mehr als 2000 RepräsentantInnen von Regierungen, Parlamenten, bi- und multilateraler Entwicklungsorganisationen, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft teilnehmen werden, ist eine im Rahmen des OECD-Entwicklungsausschusses eingerichtete Arbeitsgruppe, die Working Party on Aid Effectiveness (WP-EFF).

In der WP-EFF versammeln sich über 80 Länder und Organisationen, darunter auch Österreich sowie AWEPA (Association of European Parliamentarians with Africa) und die IPU (Interparlamentarische Union), die gemeinsam die parlamentarischen Interessen vertreten. Aufbauend auf die Erklärung von Paris 2005 und den Aktionsplan von Accra 2008 sowie den bisherigen Bemühungen um mehr Wirksamkeit in der EZA Rechnung tragend soll die **Konferenz in Busan mit einer ebenso bedeutenden Erklärung schließen und die Reform der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weiter vorantreiben.**

Auf Basis eines breit angelegten Konsultationsprozesses wurde im Rahmen

der WP-EFF bereits ein Entwurf des Abschlussdokuments erarbeitet, der in Busan finalisiert werden soll. Grundlegenden Einfluss auf das Abschlussdokument hat die **Evaluierung der Umsetzung der Pariser Erklärung**, in deren Rahmen 2005 insgesamt 12 Indikatoren festgelegt wurden, die bis 2010 erreicht werden sollten. Das Ergebnis ist ermutigend, nur 1 von 12 Indikatoren konnte erreicht werden und die wenigen substantiellen Fortschritte ergaben sich jeweils in Bereichen, in denen sich allein die Partnerländer verantwortlich zeichneten, wie etwa bei der Festlegung von nationalen Entwicklungsstrategien.

In Bereichen, in denen hauptsächlich die Geberländer entsprechende Maßnahmen umsetzen sollten, wie bspw. bei der Aufhebung von Lieferbindungen oder der Koordinierung mit anderen Gebern, besteht noch erheblicher Aufholbedarf. Dies macht deutlich, dass es **stärkere politische Unterstützung für weitreichende und substantielle Reformen** hinsichtlich der Bereitstellung und Verwendung von Ressourcen der internationalen Hilfe und Zusammenarbeit benötigt. Diese Einsichten

spiegeln sich auch im Entwurf des Abschlussdokuments von Busan wider. Im Zentrum soll eine **neue globale Partnerschaft für effektive Entwicklungszusammenarbeit** stehen, deren Fokus nicht primär auf der traditionellen Hilfe der OECD-Staaten in Form öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) liegt. Vielmehr sollen die Zivilgesellschaft, Parlamente, der Privatsektor sowie die neuen Geber, wie China oder Brasilien, als aktive Akteure wahrgenommen und verstärkt in den Prozess eingebunden werden, um alternative Ansätze und Finanzierungsquellen zu erschließen.

Politischer Wille wird als entscheidend betrachtet, weshalb es eines weitreichenden Konsenses unter den zahlreichen EntwicklungsakteurInnen bedarf. Vor diesem Hintergrund hat die **EU-Kommission** (die EU ist weltweit größter ODA-Geber) **einen Vorschlag für eine gemeinsame Position für Busan erarbeitet** (vgl. Kasten auf Seite 3), die am 14. November im Außenministerrat beschlossen wird und an der sich die Mitgliedsstaaten orientieren sollen.

Parallel dazu hat der **Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments** seine Standpunkte im Hinblick auf das 4. Hochrangige Forum in Busan in Form eines **parteiübergreifenden Berichts** (vgl. Kasten auf Seite 4) präsentiert, der am 25. Oktober vom Europäischen Parlament abgestimmt wurde.

Der Bericht wird an Rat und Kommission übermittelt und soll in die gemeinsame EU-Position einfließen. Der von Cristian Dan Preda, rumänischer Abgeordneter der Europäischen Volkspartei (EVP), eingebrachte Bericht vertritt den Standpunkt, dass das 4. Hochrangige Forum in Busan ein Erfolg sein wird, wenn es ein starkes Engagement zugunsten der Wirksamkeit der Hilfe mit **klaren und messbaren Zielvorgaben** und einen genauen Zeitplan für ihre Umsetzung zum Ergebnis hat.

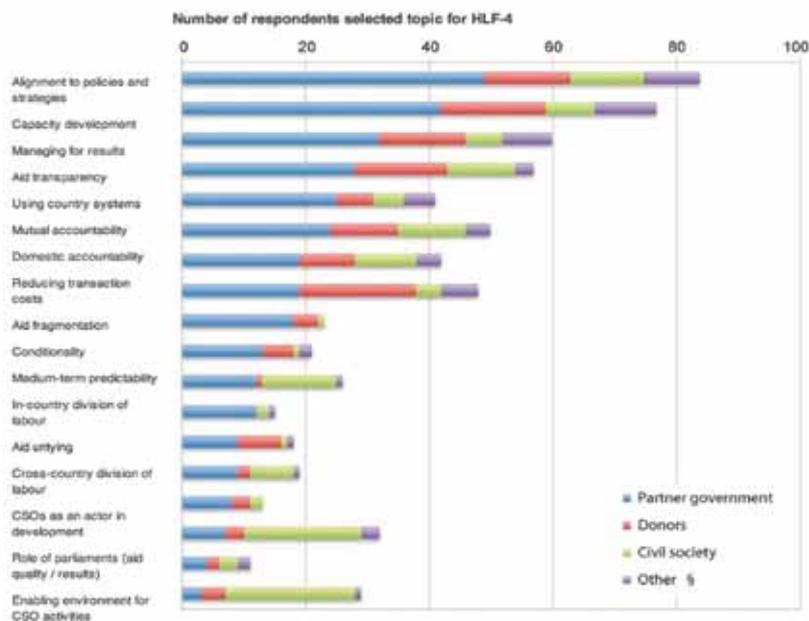
Österreich wird ebenfalls mit einer Delegation unter der Leitung von Staatssekretär Dr. Wolfgang Waldner in Busan vertreten sein. Neben RepräsentantInnen der Regierung, der Austrian

Proposal for the EU Common Position for Busan to be followed by the EU and the Member States.

The Commission proposes the following objectives:

1. The Busan outcome should be an encompassing document reaffirming the Paris Principles, based on the Paris Declaration and Accra Agenda for Action and focusing on deepened key commitments to guide future implementation. All DAC donors, vertical funds and multilateral organisations should fully adhere to the principles and commitments..
2. Aid effectiveness themes included in the Busan document should be democratic ownership, transparency and predictability, reduced fragmentation and proliferation, and alignment as well as accountability for results. Commitments in situations of fragility should be deepened in a flexible manner.
3. Aid effectiveness implementation should be anchored at the country level through flexible, partner country led 'country compacts' based on existing local mechanisms. The global aid effectiveness governance structure and monitoring should be streamlined.
4. Diverse experiences of achieving development results and interpretations of aid effectiveness principles should be invited from the emerging economies, CSOs and local authorities as well as the for-profit and non-profit private sector in order to work towards differentiated responsibilities and commitments.
5. Aid effectiveness commitments should be extended to cover other sources of development finance, particularly climate change finance.

Link: http://ec.europa.eu/europeaid/multimedia/presentations-speeches/conference_en.htm



In einer Online-Kon-sultation wurden 163 AkteurInnen aus Geber- und Partnerländern, NGOs und Zivilgesellschaft aus mehr als 60 Ländern zu ihren Erwartungen bezüglich der Themen und Resultate in Busan befragt. Die Rolle der Parlamente steht dabei leider nicht im Vordergrund. Umso bedeutender ist es, dass ParlamentarierInnen in Busan vertreten sind und ihre Meinungen zu Gehör bringen.

Quelle: <http://www.aideffectiveness.org/busanhlf4/en/home/41-busan-hlf4/442-busan-2011-your-priorities.html>

Development Agency (ADA) und der Zivilgesellschaft wird mit der AWEPA-Vorsitzenden NR-Abg. Petra Bayr auch eine Parlamentarierin Teil der Delegation sein. Um zu gewährleisten, dass die bedeutende Rolle der Parlamente für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit in das Abschlussdokument von Busan einfließt, wird am ersten Konferenztage ein **eigenes parlamentarisches Forum** stattfinden. Dies er-

scheint von besonderer Notwendigkeit, da im Entwurf des Abschlussdokuments zwar der Bedeutung der Parlamente im Hinblick auf die Eigenverantwortung der Partnerländer Rechnung getragen wird, jedoch entscheidende Bereiche, wie die gegenseitige Rechenschaftspflicht, ausgeklammert sind. AWEPA wird sich dafür einsetzen, dass die parlamentarischen Forderungen, wie in den „Legislative Principles for Development“

formuliert (siehe Newsletter 20), entsprechend in das Abschlussdokument von Busan einfließen.

Wir werden Sie im kommenden Newsletter über die Ergebnisse des 4. Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ausführlich informieren.

Bericht des Europäischen Parlaments zum 4. Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Gefordert werden unter anderem folgende Punkte:

1. Demokratische Eigenverantwortung:

Die Entwicklungsstrategien sollen von den jeweiligen Ländern vorgegeben werden und das Engagement aller einzelstaatlichen Akteure widerspiegeln. Die Geber und die Partnerländer werden dazu aufgefordert, den Schwerpunkt auf eine größere Anerkennung der Mitwirkung der Parlamente, der Gebietskörperschaften und der Zivilgesellschaft zu legen.

2. Nationale Parlamente:

Stärkung der Parlamente in ihren Rechtsetzungsfähigkeiten und in ihrer Fähigkeit, alle Entwicklungsausgaben selbst zu prüfen. Länderstrategiepapiere und jährliche Haushaltspläne sollen in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft und den Gebietskörperschaften vor dem politischen Dialog mit den Gebern angenommen werden, um die demokratische Kontrolle zu verstärken.

3. Einbindung der Privatwirtschaft:

Es soll sichergestellt werden, dass die Investitionen des Privatsektors sowohl nachhaltig sind als auch im Einklang mit den international vereinbarten Entwicklungszielen stehen und nicht zu einer Rückkehr zur gebundenen Entwicklungshilfe führen.

4. Einbindung der neuen Geber:

Insbesondere die Länder sollen eingebunden werden, deren Ansatz sich nicht an den weltweiten Normen in Bezug auf die Wirksamkeit der Hilfe orientiert. Die Union soll eine Führungsrolle übernehmen, um zu gewährleisten, dass Hilfe aus solchen Ländern im Einklang mit den vereinbarten internationalen Grundsätzen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe steht.

5. Menschenrechte:

Die Union wird aufgefordert, sich in Busan für die Einführung verbindlicher Maßnahmen auszusprechen, damit gewährleistet wird, dass die Hilfe im Einklang mit den Menschenrechtsübereinkommen steht.

Link zum vollständigen Bericht:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0460+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

GASTKOMMENTAR

Eigenverantwortung muss auf demokratischen Prinzipien beruhen!

Melanie Oßberger / AG Globale Verantwortung

Das Hochrangige Forum in Busan steht vor der Tür. Ein Blick zurück zeigt, dass die bisherigen Resultate der Umsetzung von Pariser Erklärung und dem Aktionsplan von Accra leider hinter den Erwartungen bleiben. Kaum überraschend, stellen doch Evaluierung und Monitoring-Bericht unisono fest: es fehlt an politischer Unterstützung für dieses hochpolitische Thema.

So gab es deutliche Fortschritte bei nur einem in der Pariser Erklärung fest geschriebenen Prinzip: ‚ownership‘ (=Eigenverantwortung der Partnerländer). Die Regierungen aus dem Norden sind – so werden sie nicht müde zu erläutern

– bereit, den ‚Lead‘ an den Süden ab zu geben, also gemäß deren Bedürfnissen & Entwicklungszielen zu agieren. Erste Schritte in diese Richtung wurden unternommen, Raum für Dialog geschaffen. Die Frage ist, ob die Entwicklungsländer ebenso bereit für eine ähnliche Zusammenarbeit mit den Betroffenen selbst sind? Oder anders gefragt: ist ‚ownership‘ überhaupt erstrebenswert, wenn es keine zivilgesellschaftliche Partizipation bei politischen Entscheidungsprozessen gibt?

Eigenverantwortung der Partnerländer wird in der Pariser Erklärung als ‚country ownership‘ verstanden, die zivilge-

sellschaftlichen Organisationen selbst fordern ‚democratic ownership‘. Das würde bedeuten, dass man in einem ersten Schritt die nationalen Parlamente in die Abstimmungen über EZA-Ziele und Ressourceneinsatz integriert, in einem zweiten Schritt NROs, Graswurzelbewegungen und weitere EntwicklungsakteurInnen im Rahmen von regelmäßigen Multi-Stakeholder Treffen involvieren sollte.

Ein Vorschlag, der sich nicht nur an Entwicklungsländer richtet.

Politikkohärenz – eine österreichische Sicht

Beitrag von Botschafterin Marianne Feldmann, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Politikkohärenz im Dienste von Entwicklung (meist kurz „PCD“ – Policy Coherence for Development – genannt) bedeutet, dass die entwicklungspolitischen Ziele nicht durch andere Politiken untergraben, sondern vielmehr gefördert und gestärkt werden sollen.

In Österreich ist PCD im EZA-Gesetz (Art. 1 Abs. 5) bereits seit 2003 verankert. Österreich war damals ein Vorreiter – wenige Staaten hatten den Begriff rechtlich festgeschrieben. Im Jahr 2008

widmete sich die im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd-Dialogs herausgegebene Publikation „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung – ein Leitfaden zu Policy Coherence for Development“ ausführlich der Thematik. Was hat sich seit Veröffentlichung der Publikation in Österreich getan?

Mit Sicherheit hat sich unser Blick für die Thematik geschärft. Eine interne Arbeitsgruppe „Politikkohärenz“ trifft sich zweimal im Jahr und analysiert

große, aktuelle Themenbereiche. Zwei sehr konkrete PCD-Vorhaben konnten durchgeführt werden: die strategischen Leitfäden „Umwelt und Entwicklung“ und „Sicherheit und Entwicklung“.

Diese sind ressortübergreifende thematische Politikvorgaben mit Mehrjahreshorizont, die auf einem Ministerratsbeschluss beruhen und im Wege eines Prinzipienkataloges einen kohärenten Rahmen für Regierungstätigkeit festlegen. Für den Leitfaden „Umwelt und Ent-

wicklung“ wurde 2007 auf Initiative des BMeiA ein erster Entwurf seitens des Lebensministerium ausgearbeitet, gefolgt von einem gemeinsam geleiteten Prozess der Kommentierung und Konsultationen mit relevanten Ressorts und Zivilgesellschaft. Im April 2009 wurde der Prozess durch eine interministerielle Runde abgeschlossen und mündete in einen gemeinsamen Ministerratsbeschluss. In den Leitfadens wurde eine Monitoringklausel eingefügt; zweimal jährlich trifft sich die „informelle Plattform Umwelt und Entwicklung“ zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch.

Ein ähnlich langwieriger, aber ebenso produktiver Prozess war die Erarbeitung des Leitfadens „Sicherheit und Entwicklung“, der am 4. Oktober 2011 durch den Ministerrat verabschiedet werden konnte. Der Leitfaden empfiehlt den gesamtstaatlichen Einsatz zur Stärkung von Konfliktprävention, Krisenmanagement, Friedenskonsolidierung und den Aufbau von staatlichen Strukturen. Das Engagement in fragilen Situationen umfasst außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Komponenten, Justiz- und Polizeizusammenarbeit sowie hu-

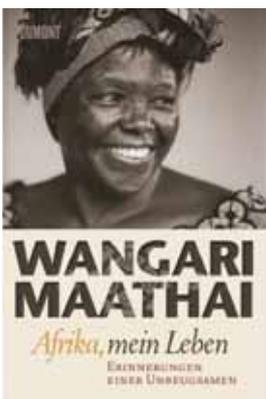
manitäre, finanz- und umweltpolitische Kooperation. Die aktive Zivilgesellschaft leistet dazu einen wesentlichen Beitrag. (Leitfaden Sicherheit und Entwicklung).

Der Leitfaden wurde von einem Redaktionsteam bestehend aus VertreterInnen des BMLVS, der ADA und dem Österreichischen Institut für Internationale Politik unter der Leitung des BMeiA erarbeitet, aber auch Vertreter der Zivilgesellschaft wurden in die Erarbeitung einbezogen. Auch hier ist ein Monitoring-Mechanismus anhand einer konkreten Projektmatrix vorgesehen.

Die beiden Beispiele zeigen, wie aufwändig Politikkohärenz ist, wenn man von einem bloßen Lippenbekenntnis zu konkreter Aktion schreiten will. Eine Fokussierung auf konkrete, erreichbare Ziele ist notwendig, die gemeinsam mit den anderen innerösterreichischen Partnern festgelegt werden müssen. Und hier mangelt es uns an Personalkapazitäten, um die Agenda, die uns von EU und OECD vorgegeben wird, in ihrer Gänze umsetzen zu können. Dies gilt übrigens nicht nur für Österreich – beim Thema PCD befinden wir uns personell lei-

der im (schlechten) EU-Durchschnitt. Umso wichtiger wird es sein, uns auch in Zukunft auf wenige, aber sehr konkrete Themenbereiche zu fokussieren. Dabei müssen wir vor allem die PCD-Agenda der EU (die fünf thematischen Schwerpunkte des EU-Aktionsplans zu Politikkohärenz – Handel und Entwicklung, Ernährungssicherheit, Klimawandel, Migration und Sicherheit) aktiver verfolgen als bisher.

Es herrscht international Einigkeit darüber, dass es an Monitoring-Mechanismen für Politiken wie z.B. der gemeinsamen Agrarpolitik der EU, der gemeinsamen Fischereipolitik oder der Politiken in Bezug auf Biotreibstoffe im Rahmen der Europe 20/20/20 Strategie mangelt. Deren Auswirkung in den Entwicklungsländern schlüssig darzustellen, ist bisher nicht oder nur in wenigen Einzelbeispielen gelungen. Hier sollten wir uns aktiv in die Diskussion einbringen und von der EK fordern, dass Fallstudien finanziert werden, anhand derer Schlüsse gezogen werden können, die auch einer kritischen Hinterfragung standhalten.



Wangari Maathai

Afrika, mein Leben. Erinnerungen einer Unbeugsamen

Als Wangari Maathai mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, feierte ganz Afrika. In „Afrika, mein Leben“ erzählt sie bildhaft und anekdotenreich ihre Geschichte – von der oft inhaftierten Naturschützerin bis zur unbestechlichen, stellvertretenden Ministerin für Umwelt.

Wangari Mathai wurde 1940 südlich von Nairobi geboren. Sie studierte in den USA und Deutschland und erwarb 1971 als erste Frau Kenias einen Dokortitel an der Universität von Nairobi. 1977 gründete sie das Green Belt Movement mit dem Ziel der Desertation und Entwaldung Kenias durch Aufforstung entgegen zu wirken und dabei neue Einkommensmöglichkeiten für Frauen zu generieren. Maathai wurde 2002 als Abgeordnete ins kenianische Parlament gewählt und gründete 2003 die Grüne Partei Kenias. Im Jahr 2004 wurde an Wangari Maathai als erste Afrikanerin der Friedensnobelpreis für ihre Vorreiterrolle und visionäre Arbeit zum Schutz der Umwelt im Rahmen des Green Belt Movements verliehen. Sie unterstützte als Mitglied des Eminent Advisory Boards bis zuletzt die Arbeit von AWEPA.

„Wir wünschen uns eine gleichberechtigte Partnerschaft“

Interview mit Ana Rita Sithole, FRELIMO Abgeordnete des mosambikanischen Parlaments
Gastbeitrag von Ulla Ebner, Journalistin

Die EU verhandelt derzeit mit den AKP-Staaten Freihandelsabkommen, sogenannte Economic Partnership Agreements (EPA). Doch diese sind sehr umstritten. Handel zwischen ungleichen Partnern kann nicht funktionieren, sagen KritikerInnen, und hoch subventionierte europäische Agrarprodukte könnten lokale Märkte in Afrika zerstören. Ulla Ebner hat darüber mit der mosambikanischen Parlamentarierin Ana Rita Sithole gesprochen. Sie ist seit 1994 Abgeordnete der Regierungspartei FRELIMO und außerdem Vorsitzende der Parlamentarierversammlung für AKP-EU-Beziehungen.



Einige afrikanische Regierungen haben sich stark gegen die EPA-Abkommen gewehrt. Mosambik hingegen hat im Jahr 2009 ein Interims-EPA mit der EU abgeschlossen. Was waren die Gründe für die Zustimmung?

Sithole: Das liegt wohl daran, dass Mosambik schon lange ein gutes Verhältnis zur EU hat. Vor allem im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Aber natürlich ist das Abkommen auch eine große Herausforderung für unser Land. Es gab darüber Debatten im Parlament und unterschiedliche Meinungen. Auch ich selbst habe mich gefragt, ob

mein Land wirklich schon reif dafür ist. Schließlich sind wir innerhalb der SADC eines der am wenigsten entwickelten Länder. Man kann da Mosambik nicht mit Südafrika vergleichen. Aber ich denke auch, gerade deshalb sollten wir uns so weit wie möglich öffnen.

Das sehen nicht alle im Land so. Die mosambikanische Kleinbauernorganisation UNAC etwa steht dem EPA-Abkommen weniger positiv gegenüber. Sie sehen für sich kaum Möglichkeiten, in die EU zu exportieren und befürchten andererseits, dass die lokalen Märkte mit europäischen Billigprodukten überschwemmt werden.

Sithole: Was die Ernährung anbelangt, kann sich Mosambik nicht selbst versorgen. Ich kann mir nicht den Luxus erlauben, zu sagen, ich will beispielsweise kein Hühnerfleisch mehr importieren, solange wir selbst nicht genug davon produzieren, um unsere Bevölkerung zu ernähren. Das ist unrealistisch. Die Freihandelsabkommen sind nicht so schlecht für uns. Allerdings muss man natürlich Rücksicht auf unsere besondere Situation nehmen. Wir profitieren nicht so unmittelbar davon, wie andere Länder. Denn wir importieren sehr viel und exportieren fast nichts. Da gibt es ein Ungleichgewicht. Trotzdem müssen wir offen bleiben, solange wir uns selbst nicht ernähren können.

KritikerInnen sagen, Mosambik hat auch deshalb so schnell den europäischen Vorschlägen zugestimmt, weil das Land in höchstem Maße abhängig ist von Entwicklungshilfe.

60% des mosambikanischen Budgets kommt ja derzeit von ausländischen Gebern. Halten Sie diese Abhängigkeit für problematisch?

Sithole: Nein. Denn es gibt ja gute Gründe dafür. Schließlich haben wir lange Jahre des Krieges erlebt. Seit 18 Jahren ist die Lage hier stabil. Nicht zuletzt auch wegen der Budgethilfe. Wir verwenden dieses Geld um die Stabilität unserer öffentlichen Verwaltung zu garantieren sowie für Soziales und Bildung. Zu unseren größten Herausforderungen gehören ja die hohe Analphabetenrate und die traditionelle Ungleichstellung von Mann und Frau. Bildung ist auch wichtig für die ökonomische Entwicklung unseres Landes. Direkt nach dem Krieg kam 90% unseres Budgets aus dem Ausland. Heute sind es nur noch 60%. Und ich denke, in den kommenden 10–15 Jahren sollten wir das auf 30% reduzieren können.

Aus dem Übergangs-Abkommen soll ja ein reguläres EPA werden, die Verhandlungen sind am Laufen. Was sollte sich da Ihrer Meinung nach ändern?



Sithole: Was wir uns von Europa wünschen, ist eine Partnerschaft bei der jeder in gleichem Maße profitiert. Wir AfrikanerInnen wollen nicht, dass man uns Vorschriften macht, sondern dass man Vorschläge auf den Tisch legt, zu denen wir dann gleichberechtigt ja oder nein sagen können.

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Projektbesuch im mosambikanischen Parlament

Nord-Süd Dialog Projektleiterin Jutta Kepplinger und der Leiter der Abteilung Dokumentation, Statistik und Archiv des österreichischen Parlaments Günther Schebeck trafen sich Ende September in Maputo mit KollegInnen des mosambikanischen Partnerparlaments, dem zuständigen Senior Advisor von UNDP und VertreterInnen des Global Centre for ICT in Parliaments um die weiteren Aktivitäten zur Erstellung einer ICT Strategie für das mosambikanische Parlament zu planen.

Die im Oktober 2009 neu gewählte **Präsidentin des mosambikanischen Parlaments, Veronika Macamo**, hat es sich zum Ziel gesetzt in ihrer ersten Amtsperiode einen Auftakt zur **Modernisierung der Assembleia da República** zu initiieren. Dazu gehörte auch die Erstellung einer eigenen Parlamentshomepage, die heuer mit Oktober online ging. (www.parlamento.org.mz)

Mit Unterstützung des österreichischen Partnerparlaments wurde bereits 2010 eine Evaluierung der aktuellen ICT Situation durch Dr. Günther Schebeck durchgeführt.

Auf diese Evaluierung und die Kenntnisse der Mitarbeiter des Global Study Centre aufbauend soll nun in den nächsten Monaten eine mittelfristige Strategie für die Modernisierung der Informations- und Kommunikationstechnologie erarbeitet werden.

Im Rahmen des Aufenthaltes fand daher auch ein **Treffen mit dem Vizepräsidenten des Parlaments, Lucas Geremias Chomera** sowie mit dem **Vorsitzenden des Hauptausschusses, dem Abgeordneten José Matheus Katupha** statt.

Beide bekräftigten die Bedeutung einer Modernisierung des Parlaments, um den gestellten Aufgaben und erhöhten Anforderungen besser gerecht zu werden, erwähnten jedoch gleichzeitig, dass auch Mosambik von der weltweiten Finanzkrise nicht verschont wurde und daher der Staat im Rahmen seiner Budgetkonsolidierung die Mittel für das Parlament im heurigen Jahr gekürzt hätte.

Diese Kürzungen wirkten sich besonders negativ auf die geplante Neueinstellung von notwendigem Fachpersonal, wie z.B. für den IT Sektor, aus. Diese musste auf das nächste Jahr verschoben

werden. Der Mangel an gut ausgebildetem (IT)-Fachpersonal ist generell eine der größten Herausforderungen im Bereich der strategischen Planung. Erfahrungsgemäß wechselt das Personal oftmals schon nach kurzer Zeit in die Privatwirtschaft, wo der Verdienst um ein mehrfaches höher liegt, als im öffentlichen Sektor.

Aus- und Weiterbildungsbedarf im Bereich der IT Benutzeranwendung sieht der Abgeordnete Katupha auch bei seinen ParlamentskollegInnen und empfiehlt in die ICT Strategie einen Plan für Schulungsmaßnahmen für Abgeordnete aufzunehmen.

Für März 2012 ist ein gemeinsamer Workshop mit Abgeordneten und MitarbeiterInnen des Parlaments geplant in dem ein Erstentwurf der Strategie präsentiert werden soll.

Foto 1:
Günther Schebeck,
Jutta Kepplinger,
der Vizepräsident
des mosambika-
nischen Parlaments
Hon. Lucas Gere-
mias Chomera,
Francois Beaulne,
Acazio Beleza
(v.l.n.r.)



Foto 2:
Hon. José Matheus
Katupha und Jutta
Kepplinger



Fotos:
Günther Schebeck



Workshop zu den Millennium-Entwicklungszielen in Johannesburg

Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Mitglied der Sektion Österreich, die Grünen

Vom 31. August bis 1. September fand in Johannesburg (Südafrika) ein Meeting zu den Millennium-Entwicklungszielen organisiert von AWEPA, UNDP und SADC statt. Für AWEPA waren die irische Abgeordnete Maureen O'Sullivan, der Ehren-Vizepräsident von AWEPA Pär Granstedt (Ex-Abgeordneter aus Schweden) und ich dabei. Die Kolleginnen aus der Region kamen aus den Parlamenten von Angola, Botswana, der Demokratischen Republik Kongo, Namibia, Swasiland, Südafrika, Sambia und Simbabwe. Weitere TeilnehmerInnen kamen von überregionalen und internationalen Organisationen.

Die MitarbeiterInnen des UNDP (United Nations Development Programme) präsentierten die aktuellen Regional-Analysen im Hinblick auf den Erfüllungsgrad für einzelne Millennium-Development-Ziele (MDGs). Die meisten Analysen zeichneten ein sehr differenziertes Bild, gekennzeichnet durch die unterschiedlichen Entwicklungspfade in den einzelnen südafrikanischen Staaten. In einigen Bereichen, wie z. B. der Grundschulausbildung (MDG 2), ist eine signifikante Verbesserung festzu-

stellen, die durch die Gratis-Schulmahlzeiten für SchülerInnen besonders befördert wurde. Das MDG 1 – die Halbierung des Hungers bis 2015 ist jedoch trotz tendenzieller Verbesserungen mit den derzeitigen Strategien nicht zu erreichen. Besonders alarmierend ist die massive Zunahme der Müttersterblichkeit nach der Geburt in einigen Staaten wie z.B. Lesotho oder Südafrika. Zwischen 2001 und 2007 stiegen die Todesfälle nach der Geburt von 369 auf 625 je 100 000 Lebendgeburten – bis 2015 sollten es nicht mehr als 38 Todesfälle sein (MDG 5).

Etwa seit dem Jahr 2005 sind in Afrika verstärkt Direkt-Investitionen festzustellen, wobei dies nur in geringerem Maße öffentliche Mittel umfasst, sondern vor allem private Transfers und private Direktinvestitionen. Bei Rückfrage meinten die afrikanischen KollegInnen, dass diese Investments überwiegend in die Bereiche Bergbau, Erdöl und andere mineralische Ressourcen gehe - dazu komme noch das massive Land-Grabbing! Zumeist führen diese Investitionen kaum zu steigenden Steuereinnahmen oder Wohlstandsgewinnen in der Region. Eine besondere

Herausforderung bestehe weiters durch den steigenden Verlust der Biodiversität und den Klimawandel (MDG 7), der Afrika besonders betrifft. In meinem eigenen Tagungsbeitrag habe ich insbesondere auf die laufende Abnahme der öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit für die Landwirtschaft von 20 % im Jahr 1979 auf knapp 5 % im Jahr 2007 hingewiesen. Da jedoch 80 % der unterernährten Menschen in ländlichen Räumen leben und davon etwa 50 % Kleinbäuerinnen und -bauern sind, sollte es in diesem Bereich zu einer massiven Trendumkehr kommen. Der Zweck des Workshops, die Millenniumsziele stärker in die parlamentarische Arbeit der südafrikanischen Parlamente, wie Gesetzgebung, Budget-Kontrolle und Berichtswesen zu integrieren und damit auch die nationalen Regierungen zu verstärkten Anstrengungen zu bringen, wurde durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution bekräftigt.

Weitere Infos:

<http://www.awepa.org/index.php/en/activities/2011-activities/175-september-1st-sadc-conference.html>



Foto 1:
Tagungspräsidium
mit VertreterInnen
von AWEPA und
UNDP

Foto 2:
TeilnehmerInnen der
Tagung

Fotos:
Wolfgang Pirkhuber

AWEPA Sektion Österreich

Aktivitäten in der Sitzungsperiode 2010/11

Thematischer Fokus

- Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit
- Geschlechtergerechtigkeit
- Politische Kohärenz im Interesse der Entwicklung
- Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Resolutionen

25. November 2010 Überparteiliche parlamentarische **Initiative gegen Gewalt an Frauen und weibliche Genitalverstümmelung**
4. März 2011 Überparteiliche parlamentarische **Resolution zur stärkeren Einbindung von Frauen in Friedensprozesse**

Aktivitäten

30. September 2010 Teilnahme von NR-Abg. Wolfgang Pirkhuber am Seminar „**Parlamentarisches Netzwerken gegen den Hunger**“ in Ghana
22. Oktober 2010 Teilnahme am **EU-Presidency Seminar und Council Meeting** in Brüssel
Vortrag von NR-Abg. Petra Bayr zum Thema **FGM (Female Genital Mutilation)**
1. März 2011 **IV. Generalversammlung** mit der Wahl eines neuen Vorsitz der AWEPA Sektion Österreich, der seither aus NR-Abg. Petra Bayr (Vorsitz) sowie NR-Abg. Franz Glaser und NR-Abg. Judith Schwentner (stellvertretender Vorsitz) besteht
8. März 2011 **Runder Tisch** im Parlament mit VertreterInnen der Regierung, Kammern und Zivilgesellschaft zum Thema **Bilaterale Investitionsschutzabkommen**
11. Mai 2011 Planungs- und Koordinierungssitzung im Hinblick auf kommenden Aktivitäten
18. Mai 2011 **FAIRTRADE-Ausstellung im Parlament**
14. Juni 2011 Diskussion mit Repräsentanten des Außenministeriums und der Zivilgesellschaft zur koordinierten **Vorbereitung auf das 4. Hochrangige Forum zu Wirksamer EZA in Busan**
28. Juni 2011 **Seminar zum Thema Landwirtschaft und Ernährungssicherheit** im Parlament mit Jean Feyder, dem luxemburgischen Botschafter bei der WTO in Genf
- 25./26. Juli 2011 Teilnahme am **EU-Presidency Seminar und Council Meeting** in Warschau
12. September 2011 Petra Bayr nahm als AWEPA Vorsitzende an einem **Koordinationsstreifen** der Delegation zum 4. Hochrangigen Forum in Busan im **Außenministerium** teil
31. August 2011 Teilnahme von NR-Abg. Wolfgang Pirkhuber am Seminar „**Parlamentarisches Engagement für die Erreichung der MDGs**“ in Südafrika

Newsletter

Der elektronische Newsletter der Sektion wurde in regelmäßigen Abständen an die Mitglieder ausgesandt und enthielt Informationen über die aktuellen Aktivitäten der Sektion sowie von AWEPA International.



AWEPA arbeitet in Kooperation mit afrikanischen Parlamenten um die parlamentarische Demokratie in Afrika zu stärken, um Afrika auf der politische Agenda in Europa präsent zu halten, und um den afrikanisch-europäischen parlamentarischen Dialog zu fördern.



ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

„NOBODY IS FREE UNTIL EVERYBODY IS FREE!“ (VIVEK PANDIT, INDISCHER ANTI-SKLAVEREI AKTIVIST)

Weltweit leben schätzungsweise 27 Millionen Menschen in verschiedenen Formen von moderner Sklaverei. Obwohl keine allgemein gültige Definition existiert, treffen folgende Merkmale auf moderne Sklaverei zu: Die Betroffenen werden zur Arbeit gezwungen; sie und ihre Arbeit werden durch ihren „Besitzer“ bzw. „Arbeitgeber“ durch physische und/oder psychische Gewaltandrohung und Gewalt kontrolliert; und sie sind in ihrer Bewegungsfreiheit massiv beeinträchtigt bzw. deren beraubt.



Die Sklaverei ist nirgendwo legal und durch vier internationale Menschenrechtsvereinbarungen verboten. Die größte Zahl an Sklaven gibt es in Indien, Pakistan, Nepal, Brasilien und auf dem afrikanischen Kontinent.

Der Menschenhandel und die Schlepperei (Human Trafficking) sind die modernen Formen des Sklavenhandels. Global werden jährlich zwischen 600.000 und 800.000 Menschen über internationale Grenzen hinweg verschleppt; davon sind mehr als 70 % weiblich und mindestens ein Viertel Kinder.

Quelle: <http://thecnnfreedomproject.blogs.cnn.com/category/the-facts/> (2.11.2011)

2. Dezember – Vereinte Nationen – Internationaler Tag für die Abschaffung der Sklaverei!

Veranstaltungshinweis

Parlamentarische Enquete des Bundesrates
„Föderalistische Aspekte in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“

Mittwoch, 14. Dezember 2011, 10.00 – 14.00 Uhr

Inhaltliche Ausrichtung:

- Entwicklungszusammenarbeit als gesamtstaatliche Aufgabe
- Entwicklungspolitische Kohärenz
- Best Practice Modelle lokaler/regionaler Entwicklungszusammenarbeit

Danke!

Nach langjährigem Einsatz für den Parlamentarischen Nord-Süd Dialog beendete NR-Abg. a.D. Inge Jäger ihre aktive Tätigkeit im Projekt mit Ende Juli 2011. Die AWEPA Sektion des österreichischen Parlaments möchte sich bei Inge Jäger für ihre Arbeit, ihr Engagement und ihre Unterstützung bedanken! Alles Gute weiterhin.

www.nordsued-dialog.org

Besuchen Sie unsere Website!
Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch **Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit**



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)
Hollergasse 2-6 | 1150 Wien | Österreich | HG Wien: FN 294642 y
DVR-Nr. 3006115 | Tel: +43 (0) 1 89 145-343
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Michael Fink
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (August 2010 bis Juli 2013) insgesamt 12 Mal herausgegeben.

